

Indien – zwischen Hoffnung und Chaos

Indien 1991: Wieder einmal war es ein Wahljahr für die "größte Demokratie der Welt". 517 Millionen WählerInnen waren im Mai zum zweiten Mal innerhalb von 18 Monaten aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Indien 1991: Das ist eine für das Land bisher beispiellose politische Krise, die durch das Bombenattentat auf Rajiv Gandhi am 21. Mai noch verschärft wurde. Indien 1991 bedeutet das Ende der Nehru-Gandhi-Dynastie, die über ein halbes Jahrhundert fast ununterbrochen die Politik auf dem Subkontinent bestimmte. Indien 1991: Das sind wachsende Wirtschaftsprobleme, zunehmende Verelendung der Massen verbunden mit Spannungen und Ausschreitungen zwischen verschiedenen Volks- und Religionsgemeinschaften des Vielvölkerstaates. Das sind gigantisch wachsende Städte, weiterhin ungelöste Bevölkerungs- und Umweltprobleme. Es sind krasse Gegensätze, die die Realität in diesem Land beschreiben, das wie kein anderes das Spannungsfeld zwischen Moderne und Unterentwicklung widerspiegelt. Indien 1991, das ist ein Labyrinth von Widersprüchen, bei dem die Bilder vom alten und neuen Indien immer weniger zusammenpassen. Ein Beitrag von Walter Keller.



Das indische Parlament in Neu Delhi (Foto: Walter Keller)

Wie erwartet, konnten die Wahlen zum 10. Parlament ('lok sabha') keine klaren politischen Mehrheitsverhältnisse in Indien schaffen, nachdem eine bisher nie dagewesene Krise während der vergangenen 18 Monate mit V.P. Singh und Chandra Shekhar gleich zwei Premierminister verschleiß. Obschon die 'Congress'-Partei wieder von Delhi aus regieren kann, fehlen ihr klare Mehrheitsverhältnisse, um den "indischen Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen", wie es eine große Tageszeitung in Delhi formulierte. Nachdem Wahlforscher mittlerweile die Ergebnisse analysiert haben, gibt es keinen Zweifel daran, daß die Ermordung Rajiv Gandhis inmitten des Wahlkampfes unweit der südindischen Metropole Madras der 'Congress'-Partei noch einmal einen Sympathiebonus bescherte, der sich auf ihr Ergebnis positiv

auswirkte. Er war insgesamt jedoch viel geringer, als der, den die Partei Mitte der 80-er Jahre nach der Ermordung Indira Gandhis erhielt. Und nur durch die Sympathiewelle konnte der 'Congress' sein Wahlergebnis von 1989 verbessern (208 Sitze). Indische Wahlforscher sind der Ansicht, der Mord an Rajiv Gandhi habe dem 'Congress' mindestens 50 zusätzliche Sitze beschert. Ohne dieses schreckliche Ereignis hätte die Partei gerade einmal 170 Sitze errungen – so die Analytiker. Die Hauptkonkurrenten, die Parteienallianz 'National Front' – ein Bündnis aus der 'Janatha Dal' des ehemaligen Premiers V.P. Singh, den beiden großen kommunistischen Parteien CPI-M und CPI und kleineren Regionalparteien – und vor allem die hindu-chauvinistische 'Bharata Janatha Party' (BJP) hätten dann

noch besser abgeschnitten.

Trotz der Sympathiewelle, die jedoch nicht in allen Landesteilen beobachtet werden konnte, hat der 'Congress' bei den jüngsten Wahlen nur 233 Sitze errungen. Und darin sind auch schon die Sitze enthalten, die kleinere, in der Allianz mit ihm stehende Regionalparteien gewannen. Insgesamt 15 zu wenig, um im 494 Sitze umfassenden Parlament nicht auf die Unterstützung anderer Oppositionsparteien angewiesen zu sein (im Bundesstaat Jammu/Kaschmir wurde nicht gewählt, die Wahlen in Punjab wurden kurzfristig verschoben). Während der 'Congress' in den süd- und zentralindischen Bundesstaaten außerordentlich gut abschnitt (Kerala: 80 Prozent der Sitze; Tamil Nadu: 100 % mit dem Koalitionspartner AIADMK; Karnataka: 80 %; Andhra Pradesh: 58 %; Maharashtra: 79 %; Madhya Pradesh: 68 %) gab es für die Partei in den meisten

Bundesstaaten des nördlichen 'Hindi-Belt', zu dem Uttar Pradesh, Bihar, Rajasthan und Gujarat gezählt werden und wo sich jede indische Wahl entscheidet, weil hier über 40 Prozent der gesamten Wählerschaft des Landes leben, ein Debakel. Dort dominierte klar die BJP, die im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh (140 Millionen Einwohner) 61 Prozent, in Gujarat gar 80 Prozent der Sitze errang. Der Anteil des 'Congress' in den beiden Bundesstaaten lag bei nur 6 bzw. 20 Prozent. Selbst im kommunistisch geführten Bundesstaat Westbengalen legte die BJP kräftig zu. Obwohl sie aufgrund des indischen Mehrheitswahlrechts dort kein Mandat errang, wählten 3,5 Millionen WählerInnen die Hindufundamentalisten (10,7 Prozent der abgegebenen Stimmen). Ein immenser Zuwachs verglichen mit 1989, als die BJP nur 530.000 Stimmen (1,7 Prozent) erhielt.

Seat distribution by States

State	1989				1991			
	INC + NF-Left	BJP + Others	INC + NF-Left	BJP + Others	INC + NF-Left	BJP + Others	INC + NF-Left	BJP + Others
Andhra Pradesh	39	2	0	1	24	15	1	1
Arunachal Pradesh	2	0	0	0	2	0	0	0
Bihar	4	41	8	1	0	42	5	0
Goa	1	0	0	1	2	0	0	0
Gujarat	3	11	12	0	5	0	20	0
Haryana	4	6	0	0	9	1	0	0
Himachal Pradesh	1	0	3	0	2	0	2	0
Karnataka	27	1	0	0	21	0	4	1
Kerala	17	3	0	0	16	4	0	0
Madhya Pradesh	8	4	27	1	27	0	12	1
Maharashtra	28	6	11	3	37	1	9	0
Manipur	2	0	0	0	1	0	0	1
Meghalaya	2	0	0	0	2	0	0	0
Mizoram	1	0	0	0	1	0	0	0
Nagaland	1	0	0	0	0	0	0	1
Orissa	3	18	0	0	12	8	0	0
Rajasthan	0	12	13	0	13	0	12	0
Sikkim	0	0	0	1	0	0	0	1
Tamil Nadu	38	1	0	0	39	0	0	0
Tripura	2	0	0	0	2	0	0	0
Uttar Pradesh	15	57	8	5	5	23	50	4
West Bengal	5	37	0	0	5	37	0	0
Andaman & Nicobar	1	0	0	0	1	0	0	0
Chandigarh	0	1	0	0	1	0	0	0
Dadra & Nagar Haveli	0	0	0	1	1	0	0	0
Daman & Diu	0	0	0	1	1	0	0	0
Delhi	2	1	4	0	2	0	5	0
Lakshadweep	1	0	0	0	1	0	0	0
Pondicherry	1	0	0	0	1	0	0	0
All India	208	201	86	15	233	131	120	10

aus: 'Frontline', Madras

Im armen, vom Bandenwesen und Kastenkriegen heimgesuchten Bundesstaat Bihar, wo knapp 90 Millionen Inder leben, konnte die Partei - wo ihr Wählerpotential bereits bei den Wahlen von 1989 erheblich gesunken war - nicht einen einzigen Sitz erringen. Dort schnitt die 'National Front' am besten ab. Sie errang knapp 90 Prozent der gesamten Sitze. Über die Wahlergebnisse im Hindi-Belt konnte sich der 'Congress' lediglich in Rajasthan freuen. Nachdem die Wahl von 1989 der Partei in diesem westindischen Bundesstaat nicht einen einzigen Sitz einbrachte, erhielten nunmehr wieder 13 Abgeordnete ein Mandat für die 'lok sabha' in Delhi

Sanierung der Wirtschaft

Für Indiens neuen Premierminister, den 70-jährigen Narasimha Rao, muß die Sanierung der Wirtschaft vorrangigste Aufgabe sein. Während Indien als die zehntgrößte Industrienation der Welt gehandelt wird, in der 'High-Tech' zum neuen Schlagwort geworden ist und Autos, elektronische Unterhaltungsartikel, ja selbst Atomkraftwerke und Mittelstreckenraketen gebaut und Satelliten erfolgreich in den Weltraum geschickt werden, vegetieren weiterhin 400 Millionen seiner BürgerInnen am Existenzminimum. Während 100 Millionen Angehörige der Mittelschicht fest im Zeitalter der Waschmaschinen und Mikrowellenherde stecken und die Ära von Staubsaugern, Fast-Food Restaurants, Saunen, Schönheits- und Fitness-Salons in den großen Städten genießen, wo sie ihre überzähligen Wohlstandspfunde wieder abtrainieren können, sind der Mehrheit der indischen Bevölkerung nicht einmal zwei Mahlzeiten pro Tag sicher.

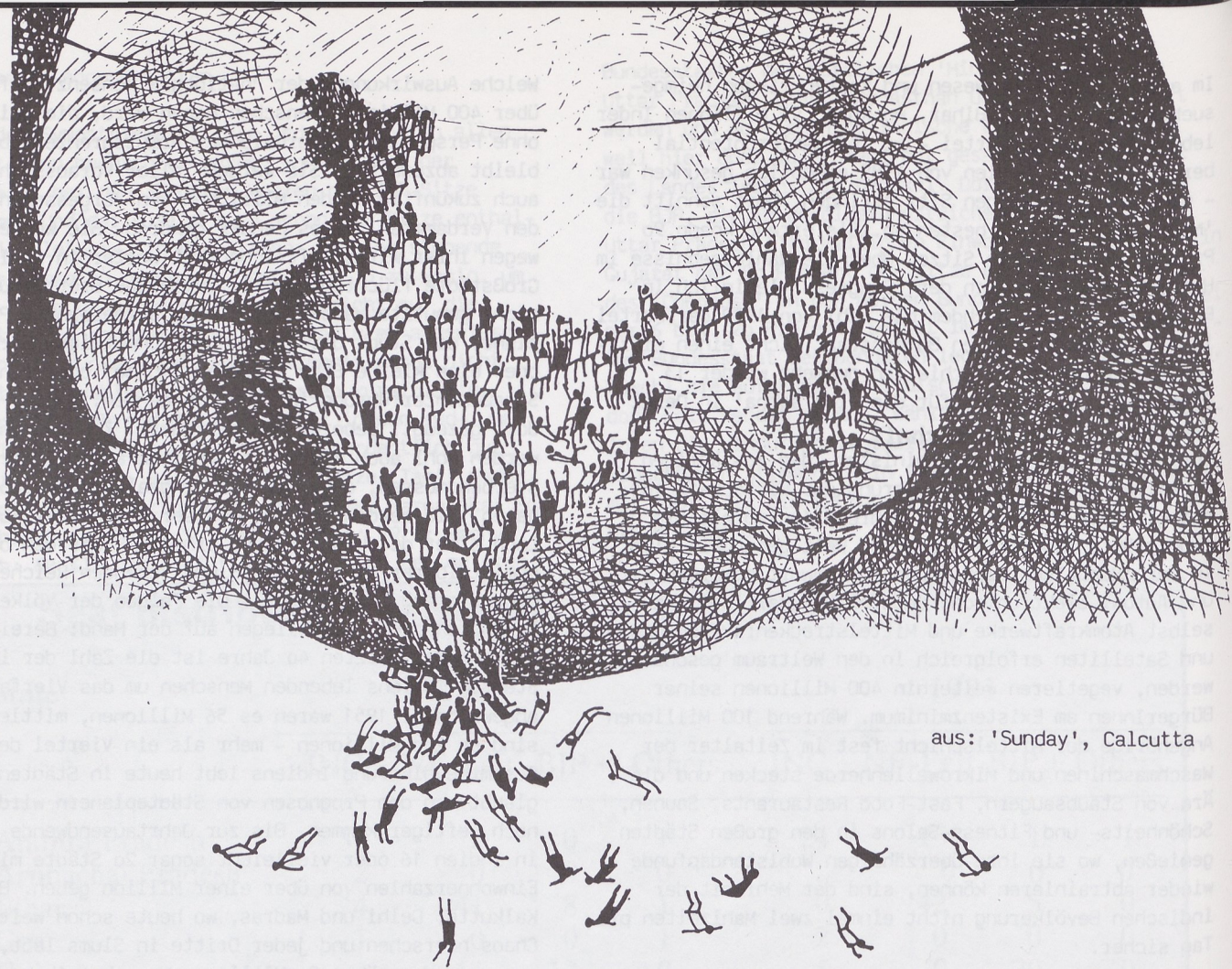
Während die Mittelschicht von der wirtschaftlichen Öffnung des Landes und dem nominellen Wachstum der vergangenen Jahre profitiert hat, geriet der Staat immer mehr in massive Zahlungsprobleme und kann seine Ausgaben nun nicht mehr begleichen. Das Haushaltsdefizit ist - gerade unter der Regierungszeit von Rajiv Gandhi - unaufhaltsam gewachsen, das Land ist derzeit mit schätzungsweise 70 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet. Einen 'stand by' Kredit in Höhe von 1,8 Milliarden Dollar mußte die alte Regierung Chandra Shekhar noch im Januar diesen Jahres beim Internationalen Währungsfonds (IWF) aufnehmen, um akute Zahlungsprobleme zu überbrücken. Und wenn die neue Regierung ihre Zahlungsfähigkeit aufrecht erhalten will, wird sie schon bald wieder mit der "Bettelschale vor den Toren des IWF und der Weltbank" stehen müssen, so die Prognose einer großen indischen Tageszeitung.

Trotz der wachsenden Probleme gibt sich der neue Finanz- und Wirtschaftsminister, Manmohan Singh, optimistisch und appelliert an eine Politik des "nationalen Konsenz", damit die Wirtschaft neue Impulse erhalten könne. Die Wirtschaftspolitik dürfe nicht zur engstirnigen Parteipolitik verkommen, meinte der Minister kurz nach seiner Amtseinführung. Und vorsorglich warnt auch Indiens Staatspräsident Venkataraman die Bevölkerung, sie müsse sich auf harte und unfreundliche Entscheidungen der neuen Regierung gefaßt machen (zur indischen Wirtschaft siehe auch Beitrag von Frank Braßel in dieser Ausgabe).

Welche Auswirkungen der "nationalen Konsenz" auf die über 400 Millionen Menschen haben wird, die weiterhin ohne Perspektive unterhalb der Armutsgrenze leben, bleibt abzuwarten. Sie werden, aller Voraussicht nach, auch zukünftig zu den Millionen von Vergessenen, zu den Verdammten dieses Landes gehören. Sie werden sich wegen ihrer wirtschaftlichen Not weiterhin in Indiens Großstädte flüchten, wo sie armselige Bretterbuden, nicht genutzte Wasserrohre, eine aufgespannte Plastikplane, ein Stück der lauten und schmutzigen Straße oder eine kleine Ecke in einem Bahnhof oder einer Straßenunterführung ihr Zuhause nennen. Kinder werden dort gezeugt, geboren und betrauert. Zehntausende werden wohl auch weiterhin jährlich auf der Straße sterben müssen, ohne das Säuglingsalter überlebt zu haben. Sie werden ihr Trinkwasser allenfalls aus dem Loch einer defekten Leitung erhalten, die den oft in unmittelbarer Nähe zu den Slums lebenden Reichen das begehrte Naß bringen soll. Die Folgen der Völkerwanderung in die Städte liegen auf der Hand: Bereits während der letzten 40 Jahre ist die Zahl der in den Städten Indiens lebenden Menschen um das Vierfache angewachsen. 1951 waren es 56 Millionen, mittlerweile sind es 230 Millionen - mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung Indiens lebt heute in Städten. Und glaubt man den Prognosen von Städteplanern wird es noch heftiger kommen. Bis zur Jahrtausendwende soll es in Indien 16 oder vielleicht sogar 20 Städte mit Einwohnerzahlen von über einer Million geben. Bombay, Kalkutta, Delhi und Madras, wo heute schon weitgehend Chaos herrschen und jeder Dritte in Slums lebt, werden zusammen dann über 50 Millionen Menschen 'beherbergen' müssen. Gegen die Landflucht geeignete Programme zu entwickeln, bleibt somit eine der vordringlichsten Aufgaben der Regierung Rao. Verbunden damit sind auch neue Strategien, um das weiter anhaltend hohe Bevölkerungswachstum zu stoppen.

Die Veröffentlichung erster Ergebnisse des neuen indischen Zensus von 1991 fällt mit dem Antritt der neuen Regierung zusammen. Danach leben derzeit etwa 844 Millionen Menschen in Indien. Und diese Zahl würde sich schon innerhalb der nächsten 32 Jahre verdoppeln, wenn sich die Bevölkerung wie derzeit um jährlich 2,1 Prozent vermehrt. Niemand weiß, wie das Land eine solche Entwicklung verkraften soll. Experten haben sich während der vergangenen 30 Jahre zwar die Köpfe darüber zerbrochen, wie das Bevölkerungswachstum in Indien erfolgreich verringert werden könnte. Programme hat es genug gegeben. Angefangen von der Propagierung des Slogans "Zwei Kinder sind genug" bis hin zur viel umstrittenen Kampagne, in der acht Millionen Männer innerhalb weniger Monate zwangssterilisiert wurden. Heute wenden sich die entsprechenden Behörden vor allem an Frauen, denen nicht selten mit materiellen Anreizen die Vorzüge einer Kleinfamilie schmackhaft gemacht werden.

Tatsächlich ist Indien aber ein Beispiel dafür, daß staatliche Familienplanung scheitern muß, solange sie nur ein Ersatz für grundlegende soziale Reformen ist. Indien mag zwar Familienplanungs-Programme haben und



aus: 'Sunday', Calcutta

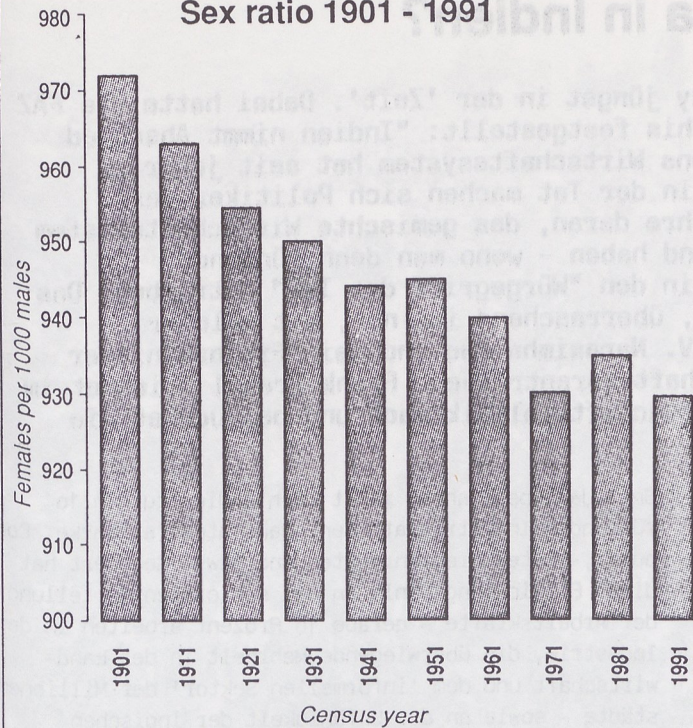
den Leuten etwas über Kondome oder Sterilisierung erzählen - Programme, die an die Lösung der ökonomischen und auch sozialen Ursachen des Bevölkerungsbooms gingen, hat das Land kaum. Deshalb gehen offizielle Slogans, die suggerieren, daß kleine Familien automatisch auch Glück und Wohlstand bringen, gerade an denen vorbei, die die meisten Kinder bekommen: An den Ärmsten der Armen, für die Geburtenkontrolle nur dann akzeptabel ist, wenn sich dadurch auch ihre Einkommens-, Ernährungs- und Gesundheitslage im ganzen verbessert. Gerade sie sind es, die Kinder brauchen, weil diese bereits sehr früh mitarbeiten und dadurch zum Familieneinkommen beitragen können. Und wenn schon nur zwei Kinder, dann doch bitte Söhne. In einer Gesellschaft, in der Töchter wegen der - gesetzlich verbotenen, aber trotzdem praktizierten - Mitgiftforderungen oftmals nur als Kostenfaktor angesehen werden, wundert es nicht, wenn Ehepaare Söhne bevorzugen. "Ein Mädchen groß zu ziehen ist etwa so, als würde man die Pflanzen im Garten seiner Nachbarn gießen", heißt ein Sprichwort im Bundesstaat Andhra Pradesh. Denn während die Tochter irgendwann einmal ihre Eltern verläßt und in die Familie ihres zukünftigen Ehemannes zieht, kann der Sohn die Eltern im Alter versorgen. So nimmt wegen der wirtschaftlichen Belastung, die eine Tochter für viele Eltern darstellt sowie der kulturell oder religiös bedingten Stigmatisierung des Mädchens der 'run' auf einen Jungen immer fragwürdigere Formen an. 'SD' ist die 'Zauberformel' für solche Ehepaare, die bereits vor der Geburt des Säuglings Klarheit über das

Geschlecht des Embryos haben wollen. 'SD' steht für 'sex determination', Geschlechtsbestimmung durch Amniozentese. Gerade in Indien hat der medizinische 'Fortschritt' bereits dazu geführt, daß Fruchtwasseruntersuchungen zur vorgeburtlichen Geschlechtsbestimmung in gnadenloser und ethisch nicht mehr zu vertretender Weise dazu benutzt werden, um weibliche Embryos abzutreiben. War eine Fruchtwasseruntersuchung bis vor kurzem noch 'Privileg' der Mittelklasse, so wird die Chance zur vorgeburtlichen Geschlechtsbestimmung mittlerweile auch von den unteren gesellschaftlichen Schichten immer häufiger genutzt. Die Bevorzugung des männlichen Geschlechts ist auch ein Grund für die anhaltend hohen Geburtenraten: Oftmals stellt sich der gewünschte Sohn leider erst nach dem dritten oder vierten Kind ein. Und - gemäß der neuesten Volkszählung - kommen auf 1000 Männer nur noch 929 Frauen. Eine dramatische Entwicklung.

Zunehmender Kommunalismus

Wie der riesige Schmelztiegel der Kulturen, der Indien für Ausländer so interessant macht, befriedet werden könnte, bleibt ungewiß. Vor allem im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh, haben sich vor und während der Wahlen wieder Gewalttaten ereignet, die in erschreckender Weise an die Greuelthaten erinnern, die sich während der indischen Teilung 1947 abspielten. Gerade in diesem Bundesstaat vermischen sich im eigentlich säkularen Indien Religion und Politik stärker als jemals zuvor. Ausschreitungen zwischen Hindus

INDIA Sex ratio 1901 - 1991



aus: 'Frontline', Madras

und Moslems sind in der Vergangenheit nicht selten von politischen Parteien in der Erwartung politischer Vorteile angezettelt und gefördert worden. Die Instrumentalisierung religiöser Gefühle aus wahltaktischen Gründen ist vor allem von Indira und ihrem Sohn Rajiv betrieben worden. Die indische Gesellschaft hat so in den letzten Jahren eine zunehmende religiöse Polarisierung erfahren.

Immer wieder fällt dabei der Name 'Ayodhya', einer Kleinstadt im Bundesstaat Uttar Pradesh, wo schon seit über zwei Jahren der Streit um Hindutempel oder Moschee die Gemüter vieler Inder erhitzt. Die Stadt soll nach der Mythologie der Hindus der Geburtsort von Gott Rama sein. Moghul Kaiser Babar habe jedoch 1528 einen der wichtigsten Hindugottheit gewidmeten Hindu-Tempel zerstört und auf dessen Trümmern eine Moschee erbauen lassen. Nach vielen Streitigkeiten, Gerichtsurteilen und der Inaktivität der Regierung machten sich bereits vor zwei Jahren Hunderttausende aufgetretter Hindus aus vielen Landesteilen auf, um die Moschee niederzureißen und an deren Stelle den Grundstein für einen neuen Ramatempel zu legen. Nur mit größtem Polizeieinsatz konnte dies bis heute verhindert werden. Die neue Regierung will nun ein Gesetz erlassen, das den status quo aller religiöser Stätten und Wallfahrtsorte festschreiben soll, so wie er am 15. August 1947 (dem Unabhängigkeitstag) bestanden hat.

Trotzdem schwelt der Streit um Tempel oder Moschee weiter. Träger der Bewegung ist die hindu-chauvinistische BJP, die aus dem bisherigen Streit bereits großes politisches Kapital geschlagen hat. Hinter ihr stehen auch faschistoide hinduistische Kaderorganisationen wie die 'Rashtriya Sevak Sangh' (RSS), die

'Vishwa Hindu Parishad' (VHP) und die 'Brajrang Dal'. Die BJP hat mit der Propagierung einer starken Hindu-Nation - nach außen gegen den moslemischen Nachbarn Pakistan, nach innen gegen alle Minderheiten, vor allem gegen die etwa 100 Millionen indischen Moslems - angesichts des politischen und wirtschaftlichen Desasters auf dem Subkontinent ein griffiges Identifikationsangebot geschaffen. Obwohl sich die BJP liberal gibt und versichert, sie habe nichts gegen die moslemische Bevölkerung, ist aus dem Streit um eine Moschee mittlerweile auch ein Streit um die Frage entbrannt, welches Recht Moslems noch haben, weiterhin in Indien zu leben. Dies hat sich auch im Wahlkampf gezeigt, als Hindufanatiker und Unterstützer der BJP mit obszönen Pamphleten, Musik- und Videokassetten gegen Moslems und andere Minderheiten Stimmung machten und sie als eine Bedrohung für die Nation bezeichneten. Wie erfolgreich die BJP mit ihrer Politik ist, zeigen die Wahlergebnisse. Während sie im südlichen Indien noch wenig Einfluß hat, ist sie in Nordindien als große Siegerin hervorgegangen. In Uttar Pradesh hat sie nicht nur bei den Parlamentswahlen, sondern auch bei den gleichzeitig angesetzten Wahlen zum Bundesstaatenparlament, das nun von ihr beherrscht wird, einen überwältigen Erfolg errungen. Kritiker werfen der BJP vor, Geschichtsm Manipulation zu betreiben und die Gefühle vieler Hindus für einen sehr gefährlichen Prozeß auszunutzen. "Die BJP Politik und der Streit um Tempel oder Moschee in Ayodhya basieren nicht auf der Liebe zu Gott Rama. Ihr Ziel besteht darin, Mißtrauen und Haß gegen Moslems zu erzeugen", meint Madhu Kishwar, Herausgeberin der indischen Frauenzeitschrift 'Manushi'. Andere glauben, die BJP strebe letztendlich die Errichtung eines theokratischen Hindustaaates sowie die Degradierung der Moslems zu Bürgern zweiter Klasse an (siehe auch 'Südasiens', 2-3/91, 4/91, 5/91).

Narasimha Rao hat den Hauptproblemen Indiens den Kampf angesagt. Ob er jedoch erfolgreich sein wird, muß ernsthaft bezweifelt werden. Zu sehr widersetzt sich die alte Führung des 'Congress' - die sogenannte 'coterie' - den dringend notwendigen strukturellen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen. Außerdem sind die "fetten Jahre" der ältesten indischen Partei offensichtlich vorüber. Die jüngsten Wahlen haben einmal mehr gezeigt, daß das ehemals landesweite Unterstützerpotential des 'Congress' zunehmend erodiert. Daran haben sicherlich auch die vielen innerparteilichen Querelen ihren Anteil, die die Partei in eine tiefe Krise gestürzt haben aus der sie nur schwer wieder herauskommt. Wie lange wird der 'Congress' dann noch Indiens führende politische Kraft sein? "Zwischen heute und den nächsten Wahlen, die schon in drei Jahren notwendig werden könnten, wird dem 'Congress' endgültig die Puste ausgehen", versichert Bhabani Sen Gupta, Direktor des Instituts für politische Studien in Neu Delhi. Er räumt der BJP beste Aussichten ein, dann die Macht im Land übernehmen zu können. Obwohl die BJP noch hinter dem 'Congress' zurückblieb, gilt sie schon als die eigentliche Gewinnerin der letzten Wahlen. "Die Zukunft arbeitet für die BJP", glaubt Sen Gupta.